

„Allgemeiner Wille“ in Zäsuren: Die Durchbrechung herkömmlicher Machtstrukturen durch die neuen Bürgerinitiativen und -bewegungen¹⁾

Asuka Yamazaki

Einleitung

Nach der Untersuchung von Jost Schneider (2003: 869) ist eine „Zäsur“ ursprünglich ein Intervall zwischen zwei Versfüßen, ein zur Kategorie der Metrik gehörendes Konzept, das Konventionen auflöst bzw. auch ihre Zerstörung bewirkt. Diese Zwischenpause, wie Matthias Dreyers (2014: 12-33) in seiner aus dem Theaterbereich stammenden geschichtsphilosophischen Überlegung verdeutlicht, wird nicht nur in der Kunstideologie zur Darstellung der Philosophie der „Nicht-Kontinuität“ verwendet, sondern sie setzt sich auch dem kontinuierlichen Fortschritt sowie der Weiterentwicklung des Rhythmus entgegen. Durch eine solche Trennung der historischen, sich erneuernden Zeit sowie durch die Identitätsunterbrechung wird ein Mangel und Verlust erzeugt (Dreyers, ebd.). Der Wechsel unterbricht die Kontinuität, die, in ihrem Wesen auf Vollständigkeit ausgerichtet, durch den Wechsel einen neuen Horizont in der historischen Zeit eröffnet: darin stellt sich eine neue Verbindung zwischen dem Transzendentalen und dem Menschlichen in der Jetztzeit her.

An dieser Stelle sei, unter Berücksichtigung des Konzeptes der Zäsur, die Studie von Hendrick Birus (2019) in Betracht gezogen. Ihm zufolge wird das Verwendungsspektrum von „Zäsur“ zur Schaffung von Diskontinuität, in den letzten Jahren erweitert. Die Medien zum Beispiel bedienen sich dieses Konzeptes, um etwa das Abbrechen der politischen Konfrontation zwischen den Großmächten, eine vorübergehende Kriegsunterbrechung oder die Wirtschaftskrise in der Euro-Zone zu bezeichnen (Birus, 2019: 17). Es ist zu bemerken, dass dieser Terminus sich meist auf temporär aufbrechende Ereignisse in Politik, Gesellschaft und Kultur bezieht, die erheblichen Einfluss auf die

Öffentlichkeit ausüben. Die Zäsur versetzt die historisch-logische Zeit ebenso wie jegliche geopolitischen Berechnungsmöglichkeiten in einen Ruhezustand, in dem die Wirkung unkalkulierbarer Produktivität, nämlich schöpferischer, fruchtbarer Askese im kontinuierlichen Geschehen aufgeführt wird.

Diese Merkmale der Zäsur, die in verschiedenen Bereichen in Erscheinung treten, sind vornehmlich in der modernen multinationalen Informationsgesellschaft zu finden, die sich aufgrund des Universalitätsanspruches der globalen Wirtschaft und der Entwicklung von digitalen Netzwerken sowie Strömungen der Masseneinwanderung verändert. Es stellt sich die Frage, in welcher Form genau sich die „Zäsur,“ die als politischer und rechtlicher Zustand innerhalb der konventionellen, auch kulturellen Ordnung vorübergehend die Diskontinuität produziert, in unserer zunehmend komplexer werdenden globalen Gesellschaft manifestiert.

In diesem Punkt betrachtet die Autorin die politische Nützlichkeit und Legitimität der Zäsur unter einem partizipatorischen, demokratiefreundlichen Gesichtspunkt, denn die Zäsur ist auch ein Phänomen, das durch Äußerungen des politischen und sozialen Willens der Menschen entsteht. In diesem Kontext beschäftigt sich dieser Aufsatz mit der Zäsur, wie sie auch im allgemeinen Willen als Grundlage der Demokratie zum Ausdruck kommt. Der Begriff vom allgemeinen Willen, welche der französische Philosoph Jean Jacques Rousseau (1712-1778) definierte, wie im folgenden näher erklärt werden soll, ist der unentbehrliche Grundgedanke, auf dem ein modernes, demokratisches System aufgebaut ist.

Angesichts eines weltweit zunehmenden exklusiven Populismus und einer Tendenz, einerseits Migranten zu isolieren und auszuschließen, andererseits aber auch die Gewalt zu tolerieren, ist es in unserer Zeit von großer und aktueller Bedeutung, den allgemeinen Willen der Menschen unter die Lupe zu nehmen und zu untersuchen, wie er sich in den großen Bürgerbewegungen oder auch im individuellen Verhalten zur Unterbrechung einer solchen Tendenz sowie zum Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung funktioniert.

In der vorliegenden Arbeit soll versucht werden, die Zäsur als eine solche bürgerinititative Bewegungsform zu analysieren, wobei der so entstandene

politische Zustand als Auftreten des allgemeinen Willens angesehen wird. Dabei wird dieses Geschehen vor dem Hintergrund einer modernen und demokratischen Theorie, aber auch aus dem Blickwinkel des politischen Kontextes des Kommunitarismus überprüft. Ausgangspunkt des ersten Teils ist der aktuelle Problembereich des allgemeinen Willens bei Rousseau und dessen Neuauslegung. Darauf aufbauend thematisiert der zweite Teil, wie der allgemeine Wille in der neuen, groß angelegten Protest- und Bürgerbewegung in Japan auftaucht, und wie deren herausragende Bedeutung zu ergründen und zu bewerten ist. Ein kurzer Ausblick auf die Legitimierung und die Bedeutung des allgemeinen Willens beschließt die Arbeit.

1. Moderne Interpretationen von Rousseaus Allgemeinem Willen

Nach Patrick Riley (1986: ix-xiii und 138-180) steht im Mittelpunkt von Rousseaus Staatstheorie das politische Konzept des „allgemeinen Willens,“ das die philosophiegeschichtliche Veränderungen bewirkte. Dieser Begriff entstand nämlich am Ende des 17. Jahrhunderts als theologischer Begriff für Theodizee und verwandelte sich in eine Wortdefinition für den „Willen Gottes“ zur Rettung aller Menschen, wie Nicolas de Malebranche, der französische Philosoph, in seinem *Traité de la nature et de la grâce* (1680) definierte. In seiner okkasionalistischen Interpretation wurde damit sowohl eine Rechtfertigung für die Gottesherrschaft als auch das Einbeziehen von Gottes Willen in Bezug auf die Anerkennung der Dinge gegeben.

Nach der Entwicklung dieses theologischen Begriffs in der Staatstheorie von Montesquieu, in der er als Formulierung für die Gesetzgebung des Staates in ein politisches Konzept umgewandelt wurde, übernahm Denis Diderot dieses Konzept und definierte den im Kontext von Montesquieus Aufklärung interpretierten allgemeinen Willen als „den Willen der Menschheit“. Der Einfluss von Diderot schuf so die theoretische Konstellation für Rousseaus moderne Definition des Allgemeinen Willens, den er durch dessen Vergesellschaftlichung zur wichtigsten Kategorie politischer Philosophie abwandelte, um daraus sein Ideal demokratisch fundierter Politik abzuleiten.

Das Konzept des allgemeinen Willens, an dessen Erhabenheit Rousseau festhält,

ist ein Regierungsprinzip des Staates, das, entgegen dem Prinzip monarchischer Souveränität, auf dem Volkswillen basieren sollte. Dazu erläutert Rousseau ausführlich in seinem *Du Contract Social ou Principes du Droit Politique (Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des politischen Rechtes, 1762)*:

Jeder von uns stellt gemeinschaftlich seine Person und seine ganze Kraft unter die oberste Leitung des Allgemeinwillens, und wir nehmen jedes Mitglied als untrennbaren Teil des Ganzen auf. (CS 244: GV 49) ²⁾

Der allgemeine Wille ist immer richtig und ist ein Grundprinzip für die Staatsführung sowohl durch die Regierung als auch durch die freie Bevölkerung, die im Besitz rationaler Vernunft ist. Diese Theorie des allgemeinen Willens, indem sie die Bindungswirkung der Massen fordert, wird im 20. Jahrhundert oft auch als theoretische Grundlage zur Legitimation totalitärer Politik betrachtet (Barth, 1965: 37). Als Beispiel wird Carl Schmitt (1926: 34) herangezogen, der in seiner Exegese das Thema der Vereinbarung des allgemeinen Willens mit Freiheit anspricht, wobei er feststellt, dass auch eine Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit im Namen der Demokratie gerechtfertigt sein könnte.

Im Gegensatz dazu zeigten Hannah Arendt und Émile Durkheim die theoretischen Schwachstellen als Problem des allgemeinen Willens bei Rousseau. Wie Arendt (1963: 70-72, hier 71) feststellte, könnte dadurch eine Gefahr für „die andauernde Einheit eines Volkes“ entstehen. Diesem Postulat der fortwährenden Einheit des Volkes wurde, als Garantie für die dauerhafte Vereinigung politischer Gremien, Wert zugewiesen und es wurde für den Diskurs von Robespierre über die öffentliche Meinung verwendet. Nicht eine Summe von verschiedenen Meinungen ist der allgemeine Wille, sondern der einheitliche und unteilbare Wille des Volkes, der auf einem die Differenzen beseitigenden, einheitlichen Prinzip basiert.

Aufgrund dessen wird in der politischen Theorie moderner Demokratien die Ausschließlichkeit des allgemeinen Willens Rousseaus in Frage gestellt, insofern dies undemokratische Prinzipien impliziert. Darüber hinaus weist Riley (2000: 121) auf das Paradox im Konzept des allgemeinen Willens hin, weil nämlich

die Idee vom „Willen“ und die von der „Allgemeinheit“ jeweils eigenständige Konzeptionen sind, die inhärent gegensätzlich und potentiell unvereinbar bestehen.

So nehmen wir 300 Jahre nach dem Tod Rousseaus mit wachsendem Interesse an seinem Denken die Neuinterpretationen der Idee vom allgemeinen Willen und die Kritik an dessen Wirksamkeit in der Gegenwart zur Kenntnis.³⁾ Dazu bestätigt Hiroki Azuma (2015: 93) den Ausfluss des allgemeinen Willens als reale Grundlage für eine entstehende demokratische „Datenbank“ bzw. als eine Sammlung freier Willen aller an der modernen Informationsgesellschaft partizipierenden Gesellschaftsmitglieder. Zu dieser „Datenbank“ gehören auch die neuesten elektronischen Massenmedien, die von Einzelpersonen in der Gesellschaft gegründet werden, wie zum Beispiel *Facebook* oder *Twitter*; diese handlichen elektronischen Mittel haben einen massiven und sozialen Einfluss auf die öffentliche Meinung, etwas, das den herkömmlichen Medien nicht möglich ist. Sie präsentieren eine repräsentative Auswahl bürgerlichen Bewusstseins und veranschaulichen, was als mächtiger und politischer Diskurs in Erscheinung tritt.

Diese Anschauung Azumas, der die sozialen Netzwerke (SNS) als eine Ansammlung kollektiver Intelligenz und eine Manifestation des allgemeinen Willens betrachtete, muss daher also dennoch mit Vorbehalt gesehen werden. Dazu möchte ich auf die Studie von Fabian Schäfer (2017) verweisen. Er zeigt die Gefahren auf, nämlich, dass die Verbreitung von SNS wie *Twitter* als neue, politische Propagandamittel in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen hat, und weist darauf hin, wie dies neuerdings auch die Aufmerksamkeit der Wissenschaft auf sich zieht. Demnach lässt sich eine individuelle Twitter-Nachricht durch „social bots mechanisch fälschen – eine Manipulation, durch die die öffentliche Meinung beeinflusst werden kann, wie dies beispielsweise bei der Präsidentenwahl von Donald Trump und dem Brexit-Referendum in England (Schäfer: 299) geschehen ist. Hier führt Schäfer eine statistische Analyse von Twitter durch; so waren z. B. von (insgesamt) 542,584 Tweets 79,4 % der politischen Tweets, die während des Wahlkampfes des japanischen Unterhauses im Dezember 2014 verschickt wurden, solche Kopien (ebd.: 300).

Das Resultat war, dass eine Minderheit von Twitter-Benutzern die Mehr-

heitsmeinung so verfälschte, dass ihre Meinung als Mehrheit erschien. Solche gefälschten Meldungen, die in einem derartigen, die Kopien vervielfältigenden Prozess reproduziert werden, bestimmten die öffentliche Meinung, d. h. die Tweets beeinflussten das Wahlverhalten der Bürger. Es muss also in Betracht gezogen werden, dass die durch das SNS verbreiteten Meinungsäußerungen (einer Minderheit) die Vortäuschung falscher Zahlen durch die Sender ermöglichten. Damit ist die demokratische Meinungsbildung in Gefahr, insofern sich die Demokratie nur auf diese SNS gründet. Dazu weisen viele Forscher, darunter Cathy O’Neil (2016), David Sumpter (2018) und Jamie Bartlett (2018), auf die Gefahren dieser Art von Meinungsmanipulation durch SNS sowie darauf hin, dass eine „digitale Ethik (Bartlett, 2018: 210) bei der Nutzung von SNS erforderlich ist.

In Anbetracht dessen, dass die SNS den Willen der Menschen durch Emotionen und Impulse geschickt zusammenbündelt, müssen wir dennoch auf die Funktion der emotionalen Seite zwecks Sammlung des allgemeinen Willens in Rechnung stellen. In diesem Zusammenhang argumentiert Bruno Bernardi (2014: 79-103) bezüglich der Bedingungen der Verallgemeinerung des allgemeinen Willens Rousseaus, wonach (nach seiner Interpretation) nicht nur durch die kantische Aufklärung, sondern auch durch die öffentliche Meinung der allgemeine Wille vervollständigt wird, d.h. wenn der Allgemeine Wille die pathetische Dimension einbezieht, welche die öffentliche Vernunft unterstützt. So wird die pathetisch-emotionale Dimension in den letzten Jahren, wenn es um die Meinungsäußerungen potenziell schwacher Einzelpersonen geht, neu bewertet. Dieser Faktor der Emotionalität soll der Anlass der Manifestierung der einzelnen Stimme sein, wodurch der Prozess der Bildung von Rousseaus allgemeinem Willen gefördert wird.

In den bisherigen Studien gibt es jedoch keine Untersuchung über die Beziehung zwischen Rousseaus allgemeinem Willen und der Zäsur, dem Zustand der politischen und sozialen Diskontinuität. Auf der Grundlage dieser aktuellen Interpretation zu Rousseaus allgemeinem Willen, welche die emotionale Dimension zugunsten der Bildung öffentlicher Meinung ergänzt, soll im folgenden Teil untersucht werden, wie der allgemeine Wille, das Grundprinzip der

Gesetzgebung, in einer vorübergehenden und unkalkulierbaren Unterbrechung auftaucht, welche die konventionelle, politische und rechtliche Raumzeit der Macht zum Stillstand bringt.

2. Die Zäsur in den festiven Bürgerbewegungen im Zusammenhang mit der Problematik des allgemeinen Willens

Seit dem durch das schwere Tohoku-Kanto-Erdbeben ausgelösten katastrophalen Unfall des Atomkraftwerks Fukushima am 11. März 2011 entstanden in Japan zahlreiche Anti-Atomkraft-Bewegungen. Dies führte in vielen Ländern auf der ganzen Welt zu ähnlichen zivilgesellschaftlichen Engagements. Diese Demonstrationen fanden charakteristischerweise in festlich und musikalisch organisierten, sehr lebendigen Protestformen Ausdruck, so dass sich viele Bürger heiter und unbeschwert daran beteiligten.

Zu diesen neuen Demonstrationsform gehörten auch so genannte „Sound-Demos,“ die sich in ganz Japan auch bei den großen Protesten im Sommer 2015 gegen die im selben Jahr verabschiedete nationale Sicherheitsgesetzgebung verbreiteten und die eine starke Wirkung auf die bestehenden öffentlichen Autoritäten ausübten und sie in mancher Hinsicht schwächten. Dem Soziologen Eiji Oguma (2013: 16-17) zufolge fanden 2011 in Tokyo regelmäßig, jede Woche eine Vielzahl von Demonstration von Bürgerinitiativen statt; im Sommer 2011 kamen jeden Monat, durch soziale Medien wie *Twitter* oder *Facebook* verbreitet, zehntausende Teilnehmer zu diesen Protestaktionen zusammen.⁴⁾ Während sich die Demonstrationen seit März 2012 vor dem Amtssitz des japanischen Ministerpräsidenten ausweiteten, versammelten sich am 29. Juni kurz vor der Entscheidung der Regierung für die geplante Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Ôi in Fukui schließlich bis zu 200.000 Menschen, um dagegen zu protestieren.

Diese neue Protestform und deren Ausweitung durch SNS offenbart, wie der Medienwissenschaftler Masaaki Ito (2012: 107-108) analysiert, einen aktuellen, globalen Trend, in dem sich das Verhalten der Teilnehmer von einem zweckorientierten, eher passiven „mobilisierten“ Verhalten zu einem aktiven und selbstzweckmäßigen umwandelt und sie sich bewusstseinsmäßig autonom an

den Protestbewegungen beteiligen. Diese Veränderung von Demonstrationsform und Teilnehmerbewusstsein fördert eine Gleichstellung und Nivellierung hinsichtlich des Informationsaustauschs unter den Beteiligten, wodurch Organisation und Teilnehmer gleichsam miteinander verschmelzen. Weil das Zusammentreffen der Teilnehmer erleichtert wurde, entsteht dadurch eine größere Mobilisierungskraft der Massen, was in der Ausweitung der Demonstrationen den Bürgerbewegungsraum in der Öffentlichkeit etabliert, der eine hohe Fluidität gewann.

Der politische Philosoph Hakim Bey (1993) nennt einen solchen mobilisierten Reaktionsraum, der durch die massive Oppositionsbewegungen der Massen geschaffen wird, einen „vorübergehenden Selbstverwaltungsraum“ (Temporary Autonomous Zone). Dieser zugleich marginale wie autonome Raum entsteht im ‚dualistisch‘ geteilten politischen Territorium, um staatlicher Gewaltherrschaft entgegenzuwirken. Dieser freie Raum basiert auf dem kontinuierlichen und kreativen Prinzip, auf das Ikuo Gono (2012: 9) in seiner Sozialtheorie über Bürgerdemonstrationen als Strategie des ontologischen Anarchismus seine Aufmerksamkeit richtet. Diese politische Massenbewegungen als ziviler Ungehorsam, die sich in einem solchen temporären Raum ohne Ausübung von Gewalt ausbreiten, bilden einen starken Kontrast zu den bürgerlichen und politischen Kämpfen der 70er Jahre.

Die Entstehung einer neuen Demonstrationsform wie die „Peace Parades“ und „Sound-Demos“ zeigt ein gewaltfreies, zivilgesellschaftliches Engagement, wobei die Bürger in einem politischen Diskurs rationale Diskussionen und Sitzungen mit Mediennutzung durchführen, um an die nationale und internationale öffentliche Meinung zu appellieren. Eine solche freiwillige Bürgerbewegung steht in starkem Gegensatz zum Beispiel zu den in Japan zunehmend problematischen Versammlungen, auf denen rassistische Hassreden gegen Minderheiten gehalten werden.⁵⁾ Durch diese heftige „erregbare Rede“ (Butler, 1997: 43-70), welche die Schwächen der anderen dominiert, erfolgt die Verletzung des öffentlichen Raums. Dieses kollektive Verhalten fasst man als irrationales im Zusammenhang eines durch Pathos dominierten Protestmarsches mit seiner Verweigerung bürgerlicher Diskussion auf; dieses Pathos wird durch die öffentliche Vernunft generalisiert. Es

ist die Manifestation einer Ansammlung der individuellen Willen und zieht keine Zustimmung der öffentlichen Meinung auf sich.

Dagegen beruht der demokratische Prozess öffentlich-bürgerlicher Meinungsbildung durch die soziale Praxis nicht auf Gewalt, sondern u.a. auf Rousseaus Vorstellung vom Volksfest, wie er sie in seinem *Brief an d'Alembert über das Schauspiel* (1758) ausführte. Rousseau (1962: 224) betrachtete friedliche, das Volk begeisternde Feste als notwendig für die Erhaltung, Konsolidierung und das Gedeihen der Republik und meinte, dass diese den freiwilligen Prozess der Meinungsbildung unterstützt. Neben der Erhöhung des Gemeinschaftsgefühls wird durch solche öffentlichen Veranstaltungen, die im gegenseitigen Einvernehmen der Beteiligten stattfinden, auch der Abbau sozialer Ungleichheit gefördert, indem alle Beteiligten Gleichheit und Freiheit gewinnen.

In der Beförderung der gesellschaftlichen Überzeugung durch Bürger-Engagement und Zustimmung beeinflussen die Veranstaltungen somit das Verhältnis des Volkes als Souverän zum Staat. In seinen Ausführungen erkennt Rousseau das Volksfest als eine emotionale Raum-Zeitdimension, die klassenlos und nicht-autoritativ ist; sie unterbricht vorübergehend das politische Regime und das Bürgerleben, in der die Realisierung des gegenseitigen Verständnisses zwischen dem Bürger und der Regierung gefördert wird. Dieses Einheitsgefühl ist für Rousseau die konzeptuelle Grundlage für die Ausbildung des allgemeinen Willens. Diese gegenwartsbezogene Bürgerbewegung, die sich sporadisch und festlich im „vorübergehenden Selbstverwaltungsraum“ ausbreitete, entwickelte sich jedoch nicht nur durch die Verwendung der sozialen Netzwerke in der emotionalen Dimension, gemäß dem bürgerlichen und gemeinsamen Gewissen. Sondern die Bewegung ist auch ein kollektives Engagement zur Meinungsbildung, die, auf der Grundlage von autonomen und gewaltlosen Maßnahmen, durch vernünftige Diskussionen fundiert wird.

Mit der Notwendigkeit eines zivilen und politischen Raums für die Debatte, unterstützt von der kantischen Vernunft, beschäftigen sich John Rawls in seiner *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (1971: 333-391) und Jürgen Habermas in seinem *Der philosophische Diskurs der Moderne* (1985). Habermas legt dabei besonders großen Wert auf den durch Rationalität bestätigten Prozess,

in dem durch verschiedene Formen der Argumentation der Gegenstand der Anerkennung begründet und somit die Konsensstiftung unter den Teilnehmern etabliert wird (1988: 365f., hier 366). Dies gilt nicht für die systematische und zweckmäßige Vernunft der Machtstruktur sowie des bürokratischen Mechanismus im öffentlichen Raum, sondern für die bürgerliche Bewegung, die durch die Praxis der kommunikativen Vernunft zur öffentlichen Meinungsbildung in der zivilen Lebenswelt führt. Eine politische Gemeinschaft kann Bestand haben durch rationale Diskussion unter der Prämisse, dass alle Bürger daran beteiligt sind: als kooperative Aktion, die auf eine Gesetzgebung zugunsten des Gemeinwohls abzielt, um den Lebensraum und die Umwelt vor der Bedrohung durch Technologie oder Krieg zu schützen.

Diesem Begriff vom Gemeinwohl bzw. Wohl und Gut des Menschen wird seit Aristoteles bis hin zur modernen republikanischen Tradition zur Absicherung des öffentlichen Lebens der Bürger große Bedeutung beigemessen. Michael J. Sandel geht dieser These über das Gemeinwohl nach, um hinsichtlich der notwendigen Bürgerbeteiligung am Gemeinschaftsleben diese als moralisches Grundprinzip zugrunde zu legen. In seiner *Public Philosophy* (2005: 154f.) stellt er dem philosophischen Liberalismus und Utilitarismus die kommunitaristische Anschauung als universelles Prinzip der Moralphilosophie gegenüber, um eine für das öffentlich-bürgerliche Leben erforderliche Zwischengemeinde zu fördern. Eine Welt, so erläutert Sandel, in der die gemeinsame Bedeutung, wie die gemeinsame Idee oder Moral verloren gehen, sei leicht in den Totalitarismus zu locken. Daher sei es wichtig, die ganze Bedeutung wieder herzustellen und die Aktivierung des Lebens in der Öffentlichkeit zu verwirklichen, vorausgesetzt, dass die Prinzipien auf eine Politik gestellt werden, deren Priorität das Wohl und Gut der Menschen ist, mehr als auf der Ethik, die auf dem Recht basiert. In seinem Gesellschaftsvertrag postuliert Rousseau das Thema der öffentlichen Meinungsbildung durch das Wohl und Gut der Menschen folgendermaßen:

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich, daß der Allgemeinwille beständig der richtige ist und immer auf das allgemeine Beste abzielt. (CS 252: GV 60)

In ihrem moralischen Verhalten streben die Menschen das Gemeinwohl an, und somit manifestiert sich der allgemeine Wille als eine intuitive Erkenntnis durch das Gewissen der Menschen gegenüber dem allgemeinen Interesse. Laut Noritomo Nishijima (1999: 161) ist Rousseau's allgemeiner Wille „ein ethischer Wille“. Rousseau zeigt auf, dass bei Menschen, die ein besonderes Interesse verfolgen, stets die Gefahr einer Täuschung besteht. Durch kontinuierliche Aufklärung der Menschen durch rationale Existenz wird es ihnen möglich, das gemeinsame Interesse zu erkennen und das Wohl und Gut der Menschen zu verwirklichen.

Diese ethische Idee von Rousseau lässt sich auf die empirische und politische Erfahrung der Bürger beziehen. Im Raum, in dem die politische Zäsur entsteht, treten die volksfestlichen, das Gemeinwohl verfolgende Bürgerbewegungen auf, die zu einer Intensivierung der Meinungsäußerung der Staatsbürger führen. Nach Rousseau ist eines der vier Hauptgesetze, dass diese öffentlichen Bekundungen „in die Herzen des Staatsbürger eingegraben werden“ (CS 272: GV 84), um das Verhältnis zwischen dem Volk als Souverän und dem Staat zu regeln. Der alternative und außerordentliche Zwischenraum, welcher der Herrschaft der instrumentalen Vernunft widersteht, veranschaulicht eine Veränderung im Bewusstsein des Staatsbürgers, der von der schweigenden Mehrheit, der die Möglichkeit der Rede entzogen worden ist, zu einem verantwortungsbewussteren Beteiligten wird, und der durch seinen Beitrag in der Debatte eine neue Öffentlichkeit bildet. In der Zäsur, einer möglichen, aber bedeutender Neuerungen, die im Unterschied zur bisherigen Rechtsordnung bestehen, verbinden sich die Mächte der Politik und des Gesetzes mit dem bürgerlichen Leben. Dadurch entsteht eine Lage, die von den Mächten verwaltet wird, und gerät in einen Zustand, in dem sich die bisherige Machtbalance zwischen der Staatsgewalt und den Bürgern verändert und der Machtapparat in die Entscheidungsfähigkeit fällt.

In diesem Zustand, den Giorgio Agamben (2005) als „Ausnahmestand (the state of exception)“ definiert, kehren die verschiedenen Mächte, die öffentliche Meinung, der allgemeine Wille und die Gesetzgebung zu einer Art von ursprünglichem Zustand zurück. Damit treten sie als dominantes Herrschaftsparadigma ein weiteres Mal in Erscheinung. Obwohl hier die Gefahr

des Missbrauchs des allgemeinen Willens durch populistisch-meinungszentrische Regime einkalkuliert werden muss, wirkt dieser hier als Medium für bürgerliche Konsensbildung im Rahmen der demokratischen Grundordnung. Somit wird ersichtlich, dass in einem solchen vorübergehenden Zustand die auf kommunikative Vernunft basierenden Bürgerbewegungen und die politische Gemeinschaftsbildung sich in einem allgemeinen Willen widerspiegeln, solange sie das Wohl und Gut der Menschen verfolgen.

In der Zäsur wird die Visualisierung des Eintrittsprozesses der Menschen in den politischen Mittelpunkt der Staatsmacht ermöglicht, womit der Übergang von der politischen Peripherie zur Mitte, zwecks Beteiligung aller Staatsbürger, stattfindet. In der Distanzierung von traditionell-konservativen und moralischen Mehrheitsinteressen wird in diesem Raum die Durchführung des Dialogs und der Diskussion, unter Ausschließung des Populismus, gefördert, wie sie sich zwecks öffentlicher Meinungsbildung, orientiert am Gemeinwohl, entwickelt. Anders als in Diderots Definition des allgemeinen Willens, wie er im naturgesetzlichen Kontext in seiner *Enzyklopädie* interpretiert wird, stellt Rousseaus Interpretation kein einheitliches Konzept dar, sondern ist eine verallgemeinernde Sammlung individueller Willen, die auf der Idee des öffentlichen Glücks und der Wohlfahrt basiert, welche die Mitglieder anstreben sollen.

Die Zäsur ist ein wichtiger politischer Realzeitraum, der nicht nur das öffentliche Leben der Bürger veranschaulicht, sondern auch den die allgemeine Güte verfolgenden überregionalen allgemeinen Willen artikuliert, in dem der strukturierte Realitätsraum ausgeschlossen ist, der durch die instrumentale Vernunft manipuliert und verfälscht wird. Betrachtet man in diesem Zusammenhang das Konzept des allgemeinen Willens und die Zäsur, so ist zu sagen, dass die in den letzten Jahren groß angelegten zivilgesellschaftlichen Massenbewegungen eine Zäsur darstellen. Der darin sich manifestierende allgemeine Wille gründet auf eine Sammlung von Individuen, und solange der allgemeine Wille das in dieser Lebenswelt zu verfolgende „Gemeinwohl“ mit sich bringt, besteht darin seine Berechtigung.

Zusammenfassung

Im ersten Teil dieser Arbeit wird untersucht, wie sich Rousseaus allgemeiner Wille in einem demokratischen Sinne entwickelte und warum dieses Konzept in der gegenwärtigen, tendenziell antidemokratischen Situation neu bewertet und interpretiert werden muss. Im darauffolgenden Teil wird das Phänomen der jetzt stattfindenden festlichen, friedlichen Demonstrationen in Japan und das Widerspiegeln dieses durch die Debatte generalisierten allgemeinen Willens der Bürger erörtert. Das Mittel der Demonstration ist, als Veranschaulichung der praktischen und bürgerlichen Standpunkte, ein demokratisches und sicheres Mittel, das seinen Zweck erfüllt. Solche großangelegten, von Bürgerinitiativen organisierten Demonstrationen werden bei verschiedenen Gelegenheiten auch auf der ganzen Welt ausgeführt; als eine Art Zäsur üben sie auf das Machtsystem Einfluss aus und erwecken die öffentliche Meinung.

Als Beispiel sollen hier die langjährigen Auseinandersetzungen um die Waffenkontrolle in den Vereinigten Staaten dienen, die in den letzten Jahren durch die Kampagnen der bürgerlichen Opposition gegen den unregulierten Waffenbesitz in der Öffentlichkeit ein enormes Echo auslösten. Am 24. März 2018 fanden in den Vereinigten Staaten unter dem Slogan *March for Our Lives* an 800 Orten umfangreiche Demonstrationen für strengere Waffenkontrollen statt, an denen, angeführt von Oberschülern, eine Million Menschen teilnahmen (Sanchez, 2018). Diese nationale Bewegung zum Schutz von Menschenleben zeigte beispiellosen Erfolg. Die große Bürgerbewegung, die mit ihren Argumenten das in- und ausländische Engagement mit einbezog, bestimmte die Diskussion über den Waffenbesitz. Darüber hinaus löste im Mai 2020 *Black Lives Matter* (BLM) eine globale Menschenrechtsbewegung aus. Diese aufgeklärte und humanistische Bewegung, die darauf abzielt, Rassendiskriminierung und Gewalt gegen Minderheiten zu beenden, weckte Solidarität bei Menschen auf der ganzen Welt.

Diese internationalen Bewegungen haben die Politik beeinflusst und konnten die Kontinuität der herkömmlichen, politischen Machtstruktur unterbrechen, weswegen diese Demonstrationen als eine Zäsur erkannt werden sollten, in der der allgemeine Wille reflektiert wird, der eine von den Bürgerinitiativen geforderte Gesetzgebung beinhaltet.

Endnotes

- 1) Dieses Manuskript basiert auf meinem Vortrag vom März 2016 beim 58. Kulturseminar in Tatehina.
- 2) Ich verweise auf die folgende deutsche Übersetzung (Rousseau, 1984)
- 3) Zur erneuten Überdenkung von Rousseaus Allgemeinen Willen wird auf die Studie von David R. Hiley (1990: 159-178) hingewiesen.
- 4) Eine Dokumentation der Antiatomkraftbewegung in Toyko findet man z.B. bei Oguma (2013: 16-17) sowie Ito (2012: 124-132)
- 5) Im Hinblick auf Hassreden auf Demonstration in Japan und die Notwendigkeit ihrer gesetzlichen Regelung verweise ich auf die folgende Studie, Yasuko Morooka (2013: 1-80)

Danksagung

Für die akribische Durchsicht meines Manuskripts sowie die Ratschläge danke ich Herrn Dr. Klaus Schlichtmann. Diese Forschung wurde durch die öffentlichen Forschungsgelder JSPS Kaken Grant (JP18K00487) und durch den Forschungsfond des College of Commerce, Nihon University unterstützt.

Referenzen

- Agamben, Giorgio (2005) *State of Exception*. Transl. by Kevin Attell. University of Chicago Press
- Arendt, Hannah (1963) *On Revolution*. Faber and Faber
- Azuma, Hiroki (東浩紀) (2015) *一般意志 2.0: ルソー, フロイト, グーグル* (auf Engl. *General Will 2.0: Rousseau, Freud, Google*). Kodansha
- Barth, Hans (1965) *Volonté générale et volonté particulière chez J.-J. Rousseau*, in Pierre Arnaud u.a. (Hrsg.) *Rousseau et la philosophie politique, Annales de philosophie politique* 5. Presses Universitaires de France: 35-50
- Bartlett, Jamie (2018) *The People vs Tech: How the Internet is Killing Democracy (and how we save it)*. Transl. by Masaru Akiyama. Soshisha
- Bernardi, Bruno (2014) *La philosophie politique de Jean-Jacques Rousseau. Volonté générale, souveraineté populaire, république*. Transl. by Nobutaka Miura u.a.

Keisoshobo

- Bey, Hakim (1993) *The Temporary Autonomous Zone; Ontological Anarchy; Poetic Terrorism*, Wiretap, retrieved 12. 2. (URL: <http://www.netLibrary.com/urlapi.asp?action=summary&v=1&bookid=2009192>) (Zugang: 21. 4. 2017)
- Birus, Hendrik (2019) Zäsuren: eine Begriffserklärung, in Japanische Gesellschaft für Germanistik (Hrsgg.) *Zäsuren - Welt/Literatur*. Iudicium Verlag: 17-40
- Butler, Judith (1997) *Excitable Speech: A Politics of The Performative*. Routledge
- Dreyer, Matthias (2014) *Theater der Zäsur. Antike Tragödie im Theater seit den 1960er Jahren*. Wilhelm Fink
- Gonoï, Ikuo (五野井郁夫) (2012) デモとは何か：変貌する直接民主主義 (auf Engl. *What is 'Demo': Transforming Participatory Democracy*). NHK Publishing
- Habermas, Jürgen (1988) *Der philosophische Diskurs der Moderne zwölf Vorlesungen*. Suhrkamp
- Hiley, David R. (1990) The Individual and the General Will. Rousseau Reconsidered, in *History of Philosophy Quarterly* 7.2: 159-178
- Ito, Masaaki (伊藤昌亮) (2012) デモのメディア論：社会運動社会のゆくえ (auf Engl. *Media Theory of Demo: Direction of Social Movement Society*). Chikuma-Shobo: 124-132
- Morooka, Yasuko (師岡康子) (2013) ヘイト・スピーチとは何か (auf Engl. *What is Hate Speech?*). Iwanami-Shoten
- Nishijima, Noritomo (西嶋法友) (1999) ルソーにおける人間と国家 (auf Fra. *Humains et états à Rousseau*). Seibundo
- Oguma, Eiji u.a. (小熊英二他) (2013) 官邸前からの証言 (auf Engl. *Testimony Before The Official Residence*), in Eiji Oguma (Hrsg.) *原発を止める人々：3.11から官邸前まで* (auf Engl. *People Who Stop Nuclear Power Plant: From 3.11 to The Official Residence*). Bungei-Shunju: 11-20
- O'Neil, Cathy (2016) *Weapons of Math Destruction*. Crown
- Schmitt, Carl (1926) *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. 2.Aufl. Duncker & Humblot
- Schneider, Jost (2003) Art. ‚Zäsur‘, in Jan-Dirk Müller (Hrsg.) *Reallexikon der deutschen Literaturwissenschaft*. Bd.3. De Gruyter: 869-87

- Rawls, John (1971) *A Theory of Justice*. Belknap Press of Harvard UP
- Riley, Patrick (1986) *The General Will Before Rousseau. The Transformation of the Divine Into the Civic*. Princeton UP
- (2000) Eine mögliche Erklärung des Gemeinwillens, in Reinhard Brandt u.a. (Hrsg.) *Jean-Jacques Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechtes*. Akademie Verlag: 107-134
- Rousseau, Jean-Jacques (1962) *Du contrat social; ou, Principes du droit politique*. Garnier [CS]
- (1962) *Lettre à D'Alembert sur les spectacles*. Garnier
- (1984) *Der Gesellschaftsvertrag. Aus dem französischen Übersetzung von Hermann Denhardt*. 5.Aufl. Philipp Reclam [GV]
- Sanchez, Ray (2018) Student Marchers Call Washington's Inaction on Gun Violence Unacceptable, in: *CNN International Edition* (24. 3. 2018). (URL: <https://edition.cnn.com/2018/03/24/us/march-for-our-lives/index.html>) (Zugang: 12. 5. 2018)
- Sandel, Michael J. (2005) *Public Philosophy. Essays on Morality in Politics*. Harvard UP
- Schäfer, Fabian u. Stefan Evert u.a. (2017) Japan's 2014 General Election: Political Bots, Right-Wing Internet Activism, and Prime Minister Shinzō Abe's Hidden Nationalist Agenda, in: *Big Data* 5.4: 294-309. (URL: <https://www.liebertpub.com/doi/10.1089/big.2017.0049>) (Zugang: 12. 5. 2018)
- Sumpter, David (2018) *Outnumbered: From Facebook and Google to Fake News and Filter-Bubbles - The Algorithms that Control Our Lives*. Bloomsbury Sigma